

Interview mit MICHAEL WIMMER

Eine Rückkehr zum Altbewährten wird es nicht geben.

Michael wuchs in Wien auf // studierte Musikerziehung und Konzertfach Orgel an der damaligen Hochschule für Musik und darstellende Kunst sowie Mathematik und Chemie an der Universität in Wien // studierte und promovierte außerdem im Fach der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Kulturpolitik // leitete ab 1987 den Österreichischen Kulturservice // gründete 2003 EDUCULT – Denken und Handeln in Kultur und Bildung, eine kultur- und bildungs-politische Forschungs- und Beratungs-einrichtung // widmet sich tagesaktuellen Geschehnissen sowie Grundsatzfragen in Kultur, Bildung und Politik auf seinem Blog // michael-wimmer.at/blog

1. Die Coronakrise hat die Verfasstheit der österreichischen Kunst- und Kulturszene mit ihren Bruchlinien, Schwachstellen, Ungleichgewichten und Privilegien deutlich sichtbar gemacht. Im öffentlichen Diskurs wurden vor allem die Vertreter (meist Männer) der etablierten Kultureinrichtungen gehört, nicht zuletzt, weil die großen Tanker immer auch als relevanter Wirtschaftsfaktor wahrgenommen werden. Welche Veränderungen des Kulturbetriebs sind aus Ihrer Sicht notwendig, um zu mehr (Verteilungs-)Gerechtigkeit zu gelangen? Und wie könnte eine öffentliche Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur angestoßen werden?

Und diese Frage stellen Sie ausgerechnet jemandem, der selbst zu den alten, weißen Männern zählt? Sei es drum. Sie haben Recht, die Corona-Krise spitzt die kulturpolitischen Widersprüche, die die österreichische Kulturlandschaft der letzten Jahrzehnte vor allem zu Lasten des Freien Bereichs charakterisiert haben, noch einmal kräftig zu. Zugleich deutet sich gerade in den etablierten Kultureinrichtungen das Ende eines bislang als ewig gültig erklärten Geschäftsmodell. Deses ergibt sich aus dem Verlust großer Mengen an zahlungskräftigem Publikum (vor allem Tourist*innen), die sich an privilegierten Ort versammeln. Die Folgen lassen sich heute in keiner Weise abschätzen. Viele der großen Tanker sind im Moment intensiv dabei, neue, vor allem medial vermittelte Formate zu entwickeln, die das Verhältnis von Produzent*innen und Rezipient*innen auf eine neue Grundlage stellen werden. Die [Arbeit an neuen Geschäftsmodellen](#) ist in vollem Gange. Nur so viel ist sicher: Eine Rückkehr zum Altbewährten wird es nicht geben.

Für eine Freie Szene, die in dieser neuen Runde des Wettbewerbs um Ressourcen und Aufmerksamkeit darauf hofft, eine gutmeinende Kulturpolitik würde noch einmal ihre schützende Hand über sie legen, sehe ich – in aller Brutalität – bis auf ein paar Ausnahmen – wenig Überlebenschancen. Dabei verfügt sie über herausragende Ressourcen im Rahmen einer langen Krisengeschichte, die sie in besonderer Weise mit Flexibilität, Kreativität, Empathie und Solidarität und wohl auch Risikobereitschaft ausgestattet hat. Alles Qualitäten, die heute in besonderer Weise gebraucht werden. In dem Maße, in dem heute niemand die Antwort auf die gerade stattfindenden grundlegenden Veränderungen hat, könnten Kulturinitiativen zu herausragenden Orten der Forschung und Entwicklung mutieren, mit deren Ergebnissen sich Kulturarbeit abseits der ausgetretenen Pfade nochmals neu begründen und realisieren lässt.

Dazu gehört auch eine (Wieder-)Politisierung der Freien Szene, die sich bislang auf oft isoliert agierende Vertretungen verlassen hat, ohne dass diese es ohne hinreichendes Backing der Szene

geschafft hätten, Kulturpolitik zu ihren Gunsten zu beeinflussen, ganz im Gegenteil. Aber es gibt sie, die gemeinsamen Interessen, die gerade jetzt in gemeinsamer Aktion gegenüber einer verunsicherten Kulturpolitik durchgesetzt werden wollen. Persönlich haben mich in diesem Zusammenhang die [Lockenhauser Kulturgespräche](#) sehr beeindruckt, wenn dort die Vertreter*innen der Musikszene mit ihren unterschiedlichsten künstlerischen Hintergründen, jenseits medialer Aufgeregtheit erste Szenarien entwickelt haben, wie es weiter gehen könnte.

*2. Die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden sind in den letzten Monaten besonders deutlich zu Tage getreten. Vor allem Akteur*innen der Freien Szene sind durch den Totalausfall von Einnahmen in ihrer Existenz bedroht. Sehen Sie in der Coronakrise eine Chance, um das Thema faire Bezahlung und soziale Absicherung im Kulturbereich endlich ernsthaft anzugehen? Wie – und vor allem wovon – sollen Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen in der Post-Corona-Ära leben?*

Bereits vor Corona hat die IG Kultur die Kampagne „[Fair Pay](#)“ ins Leben gerufen, die es konsequent weiter zu verfolgen gilt. Mit dem erzwungenen Ausscheiden von Ulrike Lunacek, die sich dieses Themas besonders annehmen wollte, ist die Freie Szene wieder auf die Inanspruchnahme diverser Hilfsprogramme zurückgeworfen, die nur teilweise für den Bereich maßgeschneidert wurden. Über ihre zentrale Stoßrichtung einer fairen Bezahlung von Kunst- und Kulturschaffenden hinaus hat die Krise deutlich gemacht, dass die kategoriale Trennung zwischen angestellt Beschäftigten und freiberuflich Tätigen große Nachteile vor allem für diejenigen mit sich bringt, die gezwungen sind, permanent zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsformen hin und her zu wechseln. Eine krasse Benachteiligung stellt auch der Umstand dar, dass sich öffentliche Kunst- und Kulturförderung bislang geweigert hat, die Vergabe von Mitteln an die Einhaltung von Beschäftigungsstandards zu knüpfen.

Die Frage, wovon Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen künftig leben sollen, ist nicht leichter dadurch zu beantworten, dass in der Phase der Konsolidierung fast alles für eine Verringerung der Fördermittel der öffentlichen Hand spricht. Auch weite Teile des privaten Sektors werden aufgrund notwendiger Umstrukturierungen mit Sponsoringmitteln noch selektiver umgehen.

Dementsprechend groß sind die Hoffnungen auf ein voraussetzungsloses Grundeinkommen, das vor allem der Freien Szene Aussicht auf eine tragfähige Zukunft verschaffen soll. Soweit ich diese Diskussion verfolge, spricht sich kaum jemand für eine Beschränkung auf den Kultursektor aus. Ganz im Gegenteil sieht eine zunehmende Anzahl der Betroffenen die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens als eine Chance, sich auf neue Weise mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu solidarisieren.

Ein solches engeres Zusammenwirken mit anderen Sektoren der Zivilgesellschaft könnte sich freilich nicht nur auf die Forderung eines Grundeinkommens beschränken. Es könnte auch den Ausgangspunkt für eine neue Qualität der Kooperation bilden, in denen der Kulturbereich seine besondere Expertise in andere zivilgesellschaftliche Anliegen einzubringen vermag. Dies bedingte freilich, sich nicht auf die Verteidigung seines eigenen Schrebergartens zu beschränken, sondern sich noch einmal der Mühe zu unterziehen, das eigene Berufsfeld zu erweitern und damit Leistungen, die der Kulturbereich zu erbringen vermag, auch für Menschen, die mit Kultur fürs Erste „nichts am Hut haben“ zu konkretisieren und mit ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen in möglichst konkrete Beziehung zu setzen.

3. Die Kulturpolitik und -verwaltung schien mit den Herausforderungen der Coronakrise zum Teil überfordert. Während manche Länder (wie die Schweiz) sehr rasch und unbürokratisch geholfen haben, hat Österreich recht zögerlich reagiert. Woran liegt das und was müsste passieren, um der Kulturpolitik in Österreich (wieder) mehr Gewicht zu verleihen?

Auf eine ebenso erschreckende wie frustrierende Weise mussten weite Teile des Kulturbereichs mit dem Ausbrechen der Pandemie erkennen, dass sie der Politik (und Gesellschaft) als nicht so relevant erscheinen wie dies ihrem eigenen Idealbild („Kulturnation“) entspricht. Auf beklemmende Weise zeigte sich, dass die österreichische Kulturpolitik in den letzten Jahren systematisch heruntergewirtschaftet worden ist und sich daher notwendig auf Informalität, Personalisierung und Repräsentation beschränken muss. Entsprechend existierten zum Zeitpunkt des staatlich verordneten Lockdowns keinerlei Notfall-Pläne, die zumindest geeignet gewesen wären, der Kulturpolitik ein eigenes Standing gegenüber den sich laufend verändernden Vorgaben der Gesundheitspolitik zu entwickeln.

In dem Maß, in dem staatliche Kulturpolitik in den letzten Jahren inhaltlich sukzessive ausgehöhlt bzw. auf ökonomische Bedürfnisse anderer Politikfelder verengt wurde und es mittlerweile als Strafe gilt, als Politiker*in das Kulturressort zu übernehmen, ist nicht zu erwarten, dass von dort in nächster Zeit noch einmal signifikante Lebenszeichen kommen werden. Der Sektor wird also nicht umhinkönnen, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gehören ebenso die Einsicht, sich – ob wir das wollen oder nicht- in mannigfachen internen wie externen Konkurrenzen zu befinden wie die Fähigkeiten, diesen mit Hilfe strategischer Allianzen, etwa mit Vertreter*innen anderer Politikfelder (Regionalentwicklung, Umwelt- Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialpolitik) Kooperationen entgegen zu setzen, die allen Beteiligten nutzen. Erst damit – so meine Vermutung – können „kritische Massen“ geschaffen werden, die einen signifikanten Einfluss auf eine schwächelnde Kulturpolitik zu nehmen vermögen (und damit einen kulturpolitischen Diskurs wieder beleben helfen, der sich zur Zeit auf Bestandsinteressen eines ins Abseits geratenen Sektors beschränkt).

4. Das UND-Heft hat 2020 seine beiden Ausgaben der Klimakrise gewidmet und wurde – wie wir alle – von der Coronakrise überrascht, die das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit in den Hintergrund drängt. Haben wir aus der Coronakrise etwas zur Bewältigung der Klimakrise gelernt und welche Rolle könnten Kunst und Kultur dabei spielen?

Es gibt bereits jetzt eine Reihe von Initiativen im Kunst- und Kulturbereich, die einen inhaltlichen Schwerpunkt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit setzen. Z.B. haben Ausstellungen zum Thema [„Zerstörung der Umwelt“](#) zumindest in Deutschland eine so große Konjunktur wie nie zuvor. Und auch aus meiner Innensicht der Universität für Angewandte Kunst kann ich berichten, dass sich wohl noch nie so viele künstlerische Projekte mit diesem Themenkomplex beschäftigen.

Ich persönlich schätze diese Initiativen als ambivalent ein. Künstler*innen werden auch in dieser historischen Phase die Welt nicht retten. Sie sind in der Regel nicht die „besseren“ Naturwissenschaftler*innen, um uns den Zustand der Welt zu erklären und auch nicht die „besseren“ Politiker*innen, um konkrete Maßnahmen, und sei es zum Schutz des Klimas durchzusetzen. Ihre besonderen Qualitäten als Repräsentant*innen des „Möglichkeitssinns“ sehe ich eher darin, angesichts einer zunehmend als alternativlos präsentierten Welt noch einmal offene Denk- und Erfahrungsräume zu kreieren, die es den Beteiligten - frei nach der These, das Kunstwerk erfülle sich erst im Betrachter - ermöglichen, die jeweiligen Formate mit „ihren“ Inhalten zu füllen. Nur so kann

sich die Beschäftigung mit Kunst als Form der Selbstermächtigung bewähren, in der nicht die Künstler*innen vorgeben, um was es zu gehen hat, sondern die Neugierde an der Unauslotbarkeit der Welt am Leben erhalten wird. Und sich Künstler*innen als Role Models für eine immer wieder neue und überraschende Weltsicht erweisen, in der ästhetische Arbeiten auf ganz unterschiedliche Weise erfahren, interpretiert und so zum Ausgangspunkte für eine geänderte Sichtweise auf die Welt bei den Betrachter*innen werden können.